Rundbrief 03 / 14

attac

Nach der EU-Wahl

Widerstand tut Europa gut



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

1 EUR 50

Die EU-Wahlen haben es gezeigt: In vielen EU-Ländern gab es einen klaren Rechtsruck, während in den südlichen Ländern, insbesondere in Griechenland und Spanien, eher linke Parteien gewählt wurden. Dieser Trend „raus aus der Mitte" zeigt vor allem eins: Die BürgerInnen in der EU glauben nicht an die Strategie, die Krisen auf europäischer Ebene mittels Sparpolitik eindämmen zu können. Die Suche nach „einfachen Lösungen", die so viele EU-BürgerInnen ihr Kreuz bei einer rechten, populistischen, nationalistischen Partei machen ließ, wird genauso wenig erfolgreich sein – eine Krisenlösung wird es nur außerhalb der bestehenden Denk- und Politikmuster geben.

Für das Feld des internationalen Welthandels deutet sich eine Perspektive an, für die es sich zu streiten lohnt: ein Europa mit einer wachen und lebendigen Zivilgesellschaft, fähig zu Widerstand und positiven Alternativen.

Angestoßen wird sie vom offensiven „Nein!" gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, das ausschließlich den Interessen der Konzerne nützen würde. Der Protest wächst derzeit in vielen Ländern in weite gesellschaftliche Bereiche hinein, es entsteht eine sich verfestigende breite Bewegung. VertreterInnen vieler Nichtregierungsorganisationen, die sich im Kampf gegen das TTIP zusammengeschlossen haben, schöpfen daraus Kraft und Entschlossenheit. Gleichzeitig lässt der Protest auch Perspektiven gedeihen: 60 Organisationen in ganz Europa haben ein „Alternatives Handelsmandat" als Gegenentwurf erarbeitet. Dieses richtet den Handel an den Bedürfnissen der Menschen aus, nicht an Banken und Konzernen.

Vielfältige Aktionen in den einzelnen Ländern sowie direkt am Brüsseler Sitz der Kommission machen den transatlantischen Widerstand sichtbar – und wirken so als motivierende Schlüsselmomente und gleichzeitig gute Vorbereitung für die geplante Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen das Freihandelsabkommen. Dafür müssen eine Million Unterschriften zusammenkommen und in mindestens sieben Staaten ein Beteiligungs-Quorum erreicht werden: Eine perfekte Möglichkeit, auf Menschen zuzugehen und in ganz Europa ein „Nein!" zum TTIP und zum CETA, dem mindestens genauso gefährlichen Abkommen mit Kanada, zu organisieren. Ist die EBI erfolgreich, dann ist die EU-Kommission gezwungen, sich bei einer Anhörung im europäischen Parlament mit den Forderungen auseinanderzusetzen und gerät dort unter Druck.

Doch zivilgesellschaftliches Engagement macht sich auch an anderen Politikbereichen fest: Mit Blockupy manifestiert sich eine europaweite Bewegung, die weit über einzelne Kampagnen hinaus geht. Blockupy motiviert nach dem Vorbild der Platzbesetzungen in Spanien, Griechenland, der Türkei und anderswo Menschen, gegen die als Sparpolitik verbrämte soziale Abwärtsspirale für weite Teile der europäischen Bevölkerung auf die Straße zu gehen und echte Umverteilung einzufordern.

Für viele Attac-Aktive wird dieses bewegte Europa im August bei der Sommeruniversität in Paris greifbar. Nur gemeinsam können wir den Marktradikalen ihren Griff nach immer weiter reichender Macht vermasseln. In Paris werden wir konkrete Verabredungen zum Protest treffen und zudem frische Motivation für die weitere Arbeit tanken – die Anmeldung ist offen!

Stephanie Handtmann, Attac-Geschäftsführerin
Jutta Sundermann, Attac-Koordinierungskreis

Kein Frieden in Sicht

Oligarchen, EU, USA und Russland instrumentalisieren die berechtigten sozialen Proteste in der Ukraine



„Euromaidan – Institutska Street"/ Michael Kötter/Flickr/CC

Stephan Lindner ist Mitglied in der Projektgruppe Europakrise und Mitbegründer von Troikawatch. Im Interview schildert er die Ursachen der Situation in der Ukraine und nennt mögliche Lösungen.

Du beschäftigst Dich seit Jahren intensiv mit Themen rund um Europa und der EU. Du warst auch einer der ersten, der sich in Attac zur Situation in der Ukraine zu Wort gemeldet hat. Warum?
Als ich mich kurz nach Beginn der Proteste auf dem Maidan das erste Mal näher mit der Ukraine beschäftigte, sprangen mir sofort einige verblüffende Parallelen mit Ländern wie Griechenland ins Auge, nur dass in der Ukraine die Zustände noch wesentlich zugespitzter waren: Während breite Bevölkerungsschichten in unglaublicher Armut leben, werden Wirtschaft, Politik und Medien von einigen wenigen, sehr reichen und mächtigen Oligarchen beherrscht. Diese Strukturen haben immer mehr an Einfluss gewonnen, egal ob eine vermeintlich prowestliche oder prorussische Regierung an der Macht war.

Für viele ist es schwer zu durchschauen, um was es in dem Konflikt eigentlich geht. Wie lautet Deine Analyse?
Da überlagern sich drei Konfliktebenen: Zum einen gibt es eine berechtigte Rebellion gegen die unerträglichen sozialen Zustände im Land und die dafür verantwortlichen Oligarchen. Das war sowohl Triebfeder der Euromaidan- als auch der späteren Antimaidan-Proteste. Außerdem gibt es entsprechende Rivalitäten zwischen den unterschiedlichen Oligarchen, die die berechtigten Proteste der Bevölkerung für ihre Zwecke instrumentalisieren. Und drittens gibt es einen Konflikt zwischen zwei imperialistischen Blöcken mit der EU und den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite, die beide versuchen, aus dem Konflikt ihren Nutzen zu ziehen und die jeweils andere Seite zu schwächen. Es ist traurig mitanzusehen, wie eine berechtigte soziale Rebellion durch Oligarchen und ausländische Mächte für die jeweils eigenen Zwecke instrumentalisiert wird.

Am Anfang der Proteste stand ja die Weigerung des damaligen Präsidenten Janukowitsch, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterschreiben. Was hat die EU der Ukraine denn überhaupt anzubieten?
Den ganz normalen Menschen nicht besonders viel. Die Regierung soll sich dem Diktat des IWF unterwerfen, dessen Politik in der Ukraine der gleichen Logik wie überall folgt: harsche Austerität. Der Wechselkurs der Währung soll freigegeben und damit abgewertet werden, was die Preise vieler importierter Waren, allen voran Gas, stark ansteigen lassen wird. Außerdem sollen die Subventionen für Energie gestrichen werden. Die schon jetzt mehr als prekäre Situation vieler Menschen wird sich weiter verschlechtern. Profitieren dürften vor allem pro-westliche Oligarchen, die sich keine Sorgen mehr machen müssen, dass ihre Vermögen in der EU oder den USA konfisziert werden. Und Ausländer, die in der Ukraine investieren wollen, dürfen sich über Schnäppchenpreise freuen.

Dann wäre für die Ukraine eine Orientierung an Russland also besser gewesen?
Kurzfristig wären vielen Menschen wahrscheinlich einige schmerzhafte Einschnitte, zum Beispiel bei den Energiepreisen, erspart geblieben. Mittelfristig hätte sich aber vermutlich die wirtschaftliche Situation auch weiter verschärft, denn auch die russische Regierung setzt auf die oligarchischen Strukturen. Und viele der angebotenen Hilfen waren vor allem Kredite mit relativ hohen Zinsen, die den drohenden wirtschaftlichen Kollaps vielleicht einige Zeit aufgehalten, aber wohl kaum auf Dauer verhindert hätten.

Wie könnte dann eine Lösung aussehen?
Vordringlich müssen die Waffen schweigen und die äußere Einmischung gestoppt werden. Dann muss die wachsende soziale Ungleichheit bekämpft werden. Dafür müssten die Oligarchen entmachtet werden. Im Moment passiert das Gegenteil. Auch Dank westlicher Unterstützung werden die Oligarchen gestärkt. Mittlerweile haben viele Privatarmeen, mit denen sie gegen soziale Aufstände vorgehen. Und in den so genannten Sicherheitskräften wächst der Einfluss offen faschistischer Kräfte.

Was kann Attac tun?
Wir sollten deutlich machen, dass der Westen, inklusive unserer Bundesregierung, in der Ukraine nicht Friedensengel, sondern Kriegspartei ist.



Dabei sollten wir auch die neue Qualität der Auseinandersetzung wahrnehmen. Erstmals kooperiert die EU mitten in Europa mit einer Regierung, an der Faschisten beteiligt sind und nimmt sogar einen Bürgerkrieg billigend in Kauf. Dafür darf es kein ruhiges Hinterland geben.
Und bei all dem sollten wir nicht vergessen, dass angesichts der Dynamik der immer noch nicht ausgestandenen Finanzkrise auch das vermeintlich ruhige Hinterland ganz schnell Ort von Auseinandersetzungen werden kann. Die Skrupellosigkeit, mit der in der Ukraine gewaltsam gegen sozialen Protest vorgegangen wird, sollte uns dabei alle alarmieren.

Interview: **Lena Bröckl**

Weg mit PEPP

Pauschalierende Entgelte gefährden die angemessene Behandlung psychisch kranker Menschen

Was da unter dem locker-flockigen Namen PEPP daherkommt, hat es in Wirklichkeit in sich: Mit der Einführung des „Pauschalierenden Entgeltsystems für Psychiatrie und Psychosomatik" (PEPP) geht es um nichts weniger, als nach den Krankenhäusern auch die Psychiatrie marktförmig auszurichten – zu Lasten der Behandlungsqualität für die Patienten. Das steht zu befürchten.

Seit Januar 2013 befindet sich dieses System in der Erprobungsphase. Sie wurde vom damals FDP-geführten Gesundheitsministerium gegen den ausdrücklichen Widerstand aller Fachverbände per Verordnung auf den Weg gebracht.

Das PEPP ähnelt den im Krankenhausbereich eingeführten Entgelten nach Diagnose bezogener Fallgruppen, den Diagnosis Related Groups (DRG). Nicht mehr der individuelle Versorgungsbedarf wird der Entgeltberechnung zugrunde gelegt, sondern eine Fixgröße je nach Diagnose. Die versorgungspolitisch und volkswirtschaftlich negativen Erfahrungen mit DRG werden im Bereich der Psychiatrie noch gravierende Folgen haben. PEPP geht an den Bedürfnissen der Menschen, die auf psychiatrische Behandlung angewiesen sind, völlig vorbei.

Gegen die endgültige Einführung haben sich neben Attac, Verdi, dem Verband demokratischer Ärzte und Ärztinnen und medico international auch Vertreter von allen Fachverbänden und vielen Betroffenenorganisationen im Bündnis „Weg mit PEPP" zusammengeschlossen. Unsere gemeinsame Kritik richtet sich gegen die Gefahr, dass insbesondere privatisierte psychiatrische Krankenhäuser versuchen werden, wenig lukrative, weil schwer psychisch Kranke in öffentliche und gemeinnützige Krankenhäuser mit Versorgungsverpflichtung abzuschieben. Sie selbst könnten sich so auf gewinnträchtige Behandlungen konzentrieren. Diese Befürchtung stützt sich auf die Erfahrung im Krankenhausbereich: Seit das Fallpauschalensystem DRG als Abrechnungsmodell eingeführt wurde, sind dort die Fallzahlen bei finanziell lukrativen Behandlungen dramatisch angestiegen. Da dies ein interessantes Geschäftsmodell ist, ist innerhalb eines Jahrzehnts auch die Zahl der privatisierten Krankenhäuser extrem stark angestiegen, während Krankenhäuser mit Pflichtversorgung meist finanzielle Probleme haben. Dieselbe Entwicklung fürchten Experten nun auch für die Psychiatrie.

Das diagnosebezogene Entgeltsystem wird außerdem weder der Tatsache gerecht, dass jede psychische Erkrankung höchst individuell verläuft, noch, dass die jeweils besonderen Lebensumstände von Patientinnen und Patienten sowie deren Familien und deren Arbeitsbedingungen mit einbezogen werden müssen. Bei psychischen Erkrankungen ist es nicht ausreichend, allein die Patientin oder den Patienten zu behandeln.

Insgesamt setzt das PEPP-System Anreize in die falsche Richtung. Wir befürchten, dass Patienten zu früh entlassen werden und bald darauf, dann oftmals als Notfall, wieder aufgenommen werden müssen. Daduch entsteht ein erheblicher Drehtüreffekt. Dass solche Wiederaufnahmen vor Ablauf eines Vierteljahres mit einer Absenkung der Pauschale gleichsam „bestraft" werden sollen, folgt ebenfalls einer fiskalischen Logik, die den Besonderheiten psychiatrischer Krankheitsverläufe nicht gerecht wird und mit einer angemessenen Patientenversorgung nicht zu vereinbaren ist.



Befürchtet werden muss auch, dass Patientinnen und Patienten vermehrt einfach medikamentös ruhiggestellt werden. Aufwändige Therapiemöglichkeiten und personalintensive Begleitungen können immer weniger angeboten werden. Beispielsweise ist die vom Krankenhausbett entkoppelte Behandlung im alltäglichen Umfeld (Home-treatment) oder eine intensiv ambulante Behandlung im PEPP-System nicht vorgesehen, obwohl sie nach aktuellen fachlichen Erkenntnissen am wirkungsvollsten für die Genesung psychisch erkrankter Menschen ist.

Wie in den somatischen Allgemeinkrankenhausabteilungen wird bei Einführung des PEPP der Kostenwettbewerb zu Personalabbau und Lohndruck führen. Gleichzeitig wird der Verwaltungsaufwand (Dokumentation und Kodierung) erheblich zunehmen und damit Zeit für die eigentliche Arbeit mit den Patientinnen und Patienten fehlen.

Die angeführten Kritikpunkte sind so gravierend, dass der geplante Umsetzungsprozess gestoppt werden muss. Eine grundsätzlich neue politische Weichenstellung ist erforderlich. Das Bündnis „Weg mit PEPP" fordert die Einrichtung einer multiprofessionell besetzten unabhängigen Expertenkommission, um ein zukunftsfähiges Entgeltsystem zu beraten – zusammen mit Fach- und Betroffenenorganisationen. Einen ersten Erfolg konnte das Bündnis verzeichnen, als auf unseren Druck hin folgender Passus in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde: „Ein neues Vergütungssystem in der Psychiatrie und Psychosomatik darf schwerst psychisch Erkrankte nicht benachteiligen, muss die sektorenübergreifende Behandlung fördern und die Verweildauer verkürzen, ohne Drehtüreffekte zu erzeugen. Dazu sind systematische Veränderungen des Vergütungssystems vorzunehmen."

Am 21. Mai gab es eine Anhörung im Deutschen Bundestag, bei der ich für Attac zum nun vorliegenden Gesetzentwurf der Koalition Stellung genommen habe. Im Bündnis sind wir uns einig, dass die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Änderungen an PEPP nicht ausreichen. Für Juli ist ein Treffen aller Kritikerinnen über das Bündnis hinaus geplant, in dem wir gemeinsam gegen diesen Gesetzentwurf Stellung nehmen werden. Wir bleiben dran!

Dagmar Paternoga, Mitglied im Attac-Rat und Initiatorin des Bündnisses „Weg mit PEPP"

www.weg-mit-pepp.de

Unterwanderung, Populismus, Umdeutung

Kommunikationsstrategien der Neuen Rechten

Die Ergebnisse der EU-Wahlen und die Präsenz auch rechter Akteure auf den seit einigen Monaten wieder stattfindenden Montagsdemonstrationen zeigen einen deutlichen, aber für Außenstehende und selbst ExpertInnen oft schwerer erkennbaren Anstieg rechten Gedankenguts. Rechtsextreme versuchen mit der Unterwanderung gemäßigterer Gruppen, populistischen Agitationen und Umdeutungen von Themen, Begriffen und Symbolen jenseits der nationalsozialistischen Ideologie neue AnhängerInnen für ihre Bewegung zu werben. Zu ihnen gehören VertreterInnen der Querfront, einem Ansatz, der die gezielte Verbindung rechter und linker Inhalte und Menschen verfolgt, Rechtspopulisten, die Bewegung der Identitären und die seit Jahren aktiven AnhängerInnen der Neuen Rechten.

Die Neue Rechte setzt im Gegensatz zu einer Alten Rechten auf eine Modernisierung der Strategien, teilweise auch der Ideologie. Sie beruft sich auf die Konservative Revolution, einer Strömung in den 1920er Jahren. Diese stellte die Errungenschaften und Strukturen der Weimarer Republik in Frage, hielt sie für ein von den Siegermächten des ersten Weltkriegs und der Wirtschaft aufgesetztes Konstrukt und befand die Republik für handlungsunfähig. Solche kurz gedachten Zusammenfassungen komplexer politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozesse sind damals wie heute weit verbreitet, und damit anschlussfähiger und schmeichelnder als der klassische Neonazismus und dessen mehrheitlich doch eher verrufenes Milieu. Die Neue Rechte geht dabei gezielt vor und hat eine Reihe von Kommunikationsstrategien entworfen. Zwei dieser 16 Strategien, „kein links, kein rechts" und „Delegitimation", werden hier näher beleuchtet.

Kein links, kein rechts

Eine Strategie der Neuen Rechten ist es, von sich selbst zu behaupten, dass sie außerhalb eines links-rechts-Konzeptes stünden, und dabei von beiden Anleihen zu nehmen. Damit will sich die Neue Rechte aus der rechtsextremen Ecke herausnehmen, sie gibt sich offen und pragmatisch. Der wegen antisemitischer Äußerungen beim Berliner Sender RBB gekündigte Journalist Ken Jebsen, auch bekannt als KenFM, ist einer der Protagonisten der Montagsdemonstrationen. In seinen Videoblogs behauptet KenFM gerne, fernab der Kategorien links und rechts zu stehen.

Die Neue Rechte knüpft dabei an die so genannte Extremismustheorie an, die von der Existenz einer demokratischen Mitte mit gleichermaßen abzuwehrenden rechts- und linksextremen Rändern ausgeht. Deren VertreterInnen denken, diese Mitte sei demokratisch und einzuhalten. Wie wir zuletzt in der Diskussion über die Extremismusklausel der früheren Bundesfamilienministerin Kristina Schröder sehen konnten, ist es gesellschaftlich und politisch weit verbreitet, so zu tun, als ob sich die radikale Linke und die Rechtsextremen ähnlich wären.

Hier wird jedoch das jeweils zugrundeliegende Menschen- und Gesellschaftsbild vollkommen ausgeblendet. Ein linkes Menschenbild beruht auf der Annahme einer grundsätzlichen Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig ihrer Geburtsumstände. Die Linke setzt sich für das Erreichen dieser Gleichheit ein, vor allem durch die Beseitigung ökonomischer Ungleichheit. Ein rechtsextremes Menschenbild basiert hingegen auf der unabänderlichen Zugehörigkeit zu einem konstruierten Kollektiv wie einem Volk oder einer Nation. Darin liegt die Basis für die Legitimation von Ungleichwertigkeiten. Dies ausblenden zu wollen, ist eine Strategie, um die eigene rechtsextreme Ideologie zu kaschieren. Auch neurechte Bewegungen wie die ursprünglich aus Frankreich kommenden „Identitären" oder die NeofaschistInnen von CasaPound in Italien arbeiten mit dem Spruch „kein links, kein rechts" und stellen ihre Ansichten über Nationen- und „Volks"-Zugehörigkeiten in die „demokratische Mitte".

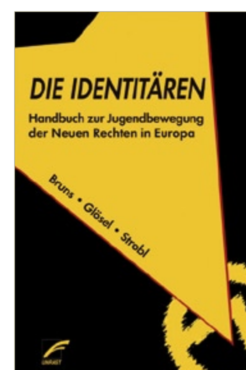
Delegitimation

Das gezielte Lächerlichmachen der gegnerischen Ideologie, der Institutionen sowie der Symbole ist eine weitere wichtige Strategie der Neuen Rechten. Für manche ihrer Hauptakteure ist die Delegitimation des demokratischen Prinzips die wichtigste Aufgabe der Rechten, mit Tabubrüchen und gezieltem Lächerlichmachen als integralen Bestandteilen. Ein Beispiel dafür ist, dass Political Correctness mit übertrieben religiösen und ethischen Metaphern bedacht und damit auch deren Kernaussage, dass Menschen sprachlich nicht diskriminiert werden sollen, in Frage gestellt wird. Dieses Schüren einer Paranoia vor politischer Korrektheit ist eines der Hauptmerkmale und sinngebenden Erzählungen der Rechtsextremen seit der Jahrtausendwende. Dieses Narrativ ist auch sehr prominent auf den Mahnwachen vertreten, etwa, wenn Ken Jebsen als „verfolgt durch die Politisch Korrekten" dargestellt wird. Es findet sich auch im Blog des Journalisten und Herausgebers der rechtsaffinen Zeitschrift „Compact", Jürgen Elsässer. Delegitimation findet aber auch gegen Personen statt, so gegen die Journalistin und Antifaschistin Jutta Ditfuhrt, die fundiert auf den rechtsextremen Charakter der Montagsdemonstrationen hingewiesen hat. Jürgen Elsässer hetzt in seinem Blog mit einer großen Portion Sexismus gegen sie und versucht sie komplett in Frage zu stellen. Bei Rechtsextremen geht es nie nur um das Entkräften von Aussagen ihrer KritikerInnen, sondern den kompletten Menschen dahinter. So geht Elsässer nicht auf die Kritik ein, sondern mokiert sich über das Aussehen und das Alter von Frau Ditfuhrt.

Diese beiden Schlaglichter sollen zeigen, dass Rechtsextremismus in vielerlei Gestalt daherkommt und bewusst verschiedene Kommunikationsstrategien anwendet. Diese sind nicht immer leicht zu dechiffrieren. Es ist aber wichtig, sehr genau hinzuschauen. Das Ziel von Rechtsextremen ist nie eine reflektierte und offene Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind und Ungleichwertigkeiten wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus keinen Platz haben.

Natascha Strobl, Pressesprecherin bei Attac Österreich und Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Rechtsetxremismusforschung

Eine ausführliche Fassung des Artikels von Natascha Strobl findet sich unter: www.attac.de/strategien-neue-rechte



Zum Weiterlesen über die Strategien der Neuen Rechten empfehlen wir außerdem das Buch von Bruns/Glösel/Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Unrast 2014 oder einen Blick in den antifaschistischen Blog www.schmetterlingssammlung.net

Linke Worte, rechte Denke

Marine le Pen wildert im Klientel der französischen Sozialisten



„Marine Le Pen"/Sylke Ibach/Flickr/CC

Mit rund 25 Prozent der abgegebenen Stimmen ist die rechtsextreme Front National in Frankreich bei den Europawahlen vom 25. Mai als stärkste Fraktion hervorgegangen. Die Kommunikationsstrategie der Parteichefin Marine Le Pen zielt erfolgreich auf die „Globalisierungsverlierer".

Welche Partei ist wohl hier versammelt? Aus Anlass des Wechsels im Vorsitz übernimmt eine junge Frau, 42, doppelt geschieden und Mutter dreier junger Kinder, das Amt. In ihrer Antrittsrede zitiert sie den historischen Sozialistenführer Jean Jaurès, spricht einem starken (Sozial-) Staat mit ausgebauten öffentlichen Diensten das Wort und der Idee, man müsse „die Orte der Produktion, des Verbrauchs und des Wohnens einander näher bringen". Dies erspare ökologisch schädliche transnationale Transporte, erhalte Arbeitsplätze und begünstige den VerbraucherInnenschutz.

Wer spricht da wohl? Eine Grüne, eine Sozialdemokratin, eine Globalisierungskritikerin? Weit gefehlt. Bei diesem Zitat handelt es sich um Auszüge der Ansprache, die Marine Le Pen am 16. Januar 2011 auf dem Parteitag des französischen rechtsextremen Front National (FN) in Tours hielt. Dort übernahm sie den Parteivorsitz von ihrem alternden Vater Jean-Marie Le Pen, der die Partei seit ihrer Gründung am 5. Oktober 1972 bis dahin ohne Unterbrechung anführte.

Ihren ersten verbalen Kurswechsel vollzog die rechtsextreme Formation, die noch in den 1980er Jahren überwiegend eine Partei des radikalisierten Wirtschaftsliberalismus und reaktionären Mittelklassenprotests war, im Zeitraum um 1990. Ausschlaggebendes Motiv war die Prognose der rechten Kader, mit dem Fall der Berliner Mauer und der begonnenen Implosion der Sowjetunion vollziehe sich der definitive „Tod des Marxismus": Es gebe künftig keinerlei linke Alternative zum Bestehenden. Deswegen sei die Stunde gekommen, in welcher die „nationale Bewegung" sich zur wahren, ja einzigen Fundamentalopposition aufschwingen könne. Von einer Positionierung als Speerspitze des militanten Antimarxismus – welche sich nun historisch erledigt zu haben schien – ging der Front National über zu einem anderen Diskurs, der auch an die sozialen Verlierer „des Systems" appellierte. Zum Kern des rechtsextremen Diskurses gehört seit damals die Behauptung, dass fast jede soziale Problematik – Arbeitslosigkeit, Druck auf die Löhne, Verarmung – aus der „Globalisierung" resultiere.

Marine Le Pen hat genau dieselbe Ideologie übernommen und den „Sozial"diskurs der extremen Rechten reaktiviert. Auch sie stellt Globalisierung, Produktionsverlagerungen, „ungeschützte Grenzen" und „ungebremsten Freihandel" als Kernpunkt jeglicher sozialen Problematik dar. Allerdings versucht Marine Le Pen, das von ihr vorgeblich angeprangerte Übel zu objektivieren. Sie übernimmt linke Kritiken der jetzigen Verhältnisse im scheinbaren Gleichklang mit keynesianischen Ökonomen und Kritikern der „neoliberalen Globalisierung" oder mit Umweltschützern, die den Ressourcenverbrauch durch das Anwachsen internationaler Transporte kritisieren.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass ihr Rezept letztlich darauf hinaus läuft, die nationale Arbeit dem nationalen Kapital (das dem internationalen gegenüber bevorzugt werden soll) im Namen gemeinsamer, unverbrüchlicher Interessen unterzuordnen. Und es bedeutet, dass durch das Aufhalten von Zuwanderung respektive das vom FN so genannte „Umkehren der Migrationsströme" die Einwanderer „nach Hause" geschickt werden sollen. Nichts Anderes beinhaltet die Kernvorstellung des Front National, die genau so sehr national borniert und genau so wenig progressiv und solidarisch ausfällt wie bereits in den 1990er Jahren.

Und dennoch: Bisweilen geht die Rechnung auf, durch Mimikry und Demagogie der politischen Linken, den progressiven Kritiken das Wasser abzugraben und auf die Mühlen der extremen Rechten zu lenken. Dazu trägt natürlich die jämmerliche Bilanz der Regierungs„linken" und das Verzweifeln über das Ausbleiben „reformerischer" Lösungswege mit Sozialdemokraten und Grünen maßgeblich mit bei.

Was folgt für die progressiven KritikerInnen des Neoliberalismus daraus? In allererster Linie, dass sie ihre Alternative auf gar keinen Fall auf einen starken Staat projizieren dürfen, der regulierend zu wirken habe. Progressive Alternativen können, wollen sie der extremen Rechten nicht auf den Leim gehen, in letzter Instanz allein von der sozialen Emanzipationsbewegung und nicht vom Staat her gedacht werden. Das schließt, kurzfristig, die Unterstützung einzelner staatlicher Eingriffe etwa zur Verbesserung von Gesundheitsversorgung und Bildung nicht aus. Wird der schützende und regulierende Staat jedoch als definitive Horizontlinie gesetzt, ist der ideologische Triumph der rechten „Alternativen" vorprogrammiert.

Bernard Schmid, Jurist bei der französischen Nichtregierungsorganisation „Mouvement contre le racisme et pour l'amitié entre les peuples" (MRAP)



Attac-Protest in Ikea-Möbelhäusern



Blockupy-Demo in Hamburg

Rückblick

12. April 2014

Steuervermeider Ikea: Attac-Protest in Möbelhäusern

Aufklärung beim Möbelkauf: Attac-Aktive verteilen an mehr als einem Dutzend Ikea-Standorten täuschend echt nachgeahmte Flyer des Konzerns. Statt über Billy, Ivar und Co. informiert das Faltblatt über die Steuervermeidungstricks von Ikea. Die Attacies bekleben Ausstellungsstücke und Möbelpakete mit Aufklebern, auf denen steht „Steueroasen austrocknen!“. Vor manchen Möbelhäusern weisen sie mit einem Hütchenspiel auf die Gewinnverschiebung von Ikea hin und trommeln für eine verbesserte Konzernbesteuerung.

29. April 2014

TTIP, die erste: Attac und Deutscher Kulturrat kooperieren

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin begründen Attac-Sprecherin Jutta Sundermann, Kulturrats-Geschäftsführer Olaf Zimmermann und der Kabarettist Arnulf Rating die Kritik am Freihandelsabkommen TTIP und stellten die Attac-Kul.tour vor. Diese Kooperation von Attac und dem Kulturrat – Spitzenverband von 236 Kulturverbänden – ist ein Novum.

2. bis 14. Mai 2014

TTIP, die zweite: Kul.Tour bringt Kunst und Protest in 13 Städte

Namhafte KünstlerInnen unterstützen den Protest gegen das geplante Freihandelsabkommen: Bei der Attac-Tournee „Kul.tour stoppt TTIP“ sind unter anderem Urban Priol, HG Butzko, Jess Jochimsen, Konstantin Wecker, Christoph Sieber, Luise Kinseher, Marc-Uwe Kling und Arnulf Rating dabei. Die zweiwöchige Tour macht Station in 13 Städten. Die Bandbreite reicht von Kabarett, Theater und Lesungen bis hin zum Rockkonzert. (siehe auch S. 10)

15. Mai 2014

TTIP, die dritte: Proteste in Brüssel – Meinungsfreiheit fehl am Platz?

Mit Polizeigewalt gegen demokratischen TTIP-Protest: Bei einer friedlichen Demonstration in Brüssel setzt die Polizei massiv Wasserwerfer ein und nimmt willkürlich mehr als 240 Menschen fest. Aufgerufen zu der Demo hat die Allianz D19–20, ein Zusammenschluss unter anderem von Gewerkschaften, Umweltorganisationen, BäuerInnenorganisationen. Auch Attac beteiligt sich an der Demo, ebenso das internationale Blockupy-Bündnis.

17. Mai 2014

Blockupy-Demos in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart

Laut, bunt, fröhlich: Mehr als 10.500 Menschen, darunter viele Attacies, protestieren in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart bei Blockupy-Demonstrationen gegen das autoritäre europäische Krisenregime. Auch in Rom, Paris, Madrid und anderen europäischen Städten gehen Tausende auf die Straße. Die Proteste sind Teil der Europäischen Aktionstage „Grenzenlos solidarisch – für Demokratie von unten“ („Solidarity beyond Borders – for Democracy from below“)

21. Mai 2014

TTIP, die vierte: EU-weites Bündnis sagt Nein zu Verhandlungen

Mehr als 120 zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter Attac – aus ganz Europa fordern in einer gemeinsamen Erklärung einen grundlegenden Kurswechsel in den Verhandlungen um das geplante Freihandelsabkommen. Anlass ist die fünfte TTIP-Verhandlungsrunde in Arlington/USA.

21. Mai 2014

EU-Finanzreformen: zu wenig, zu wirkungslos, zu viel Flickwerk!

Wenige Tage vor der Europawahl veröffentlicht der Wissenschaftliche Beirat von Attac eine Stellungnahme zu den bisherigen Finanzmarktreformen der EU. Das Fazit der WissenschaftlerInnen fällt eindeutig aus: zu wenig, zu wirkungslos, zu viel Flickwerk.

22. Mai 2014

TTIP, die fünfte: 715.000 Unterschriften übergeben

Pünktlich vor den Europawahlen werden die SpitzenkandidatInnen für das Europaparlament daran erinnert, dass die BürgerInnen nicht einverstanden sind mit den Verhandlungen über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Mehr als deutlich wird das durch 715.000 Unterschriften, die das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ den KandidatInnen in Berlin überreicht.

22. Mai 2014

Attac-Expertin warnt im Bundestag vor Privatisierungswelle in Psychiatrie

In einer Anhörung des Bundestags-Gesundheitsausschusses spricht sich die Sachverständige Dagmar Paternoga von Attac scharf gegen das geplante „Pauschalierende Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik – PEPP“ aus. Es bestehe die Gefahr, dass insbesondere privatisierte Krankenhäuser versuchen werden, schwer psychisch Kranke in öffentliche und gemeinnützige Krankenhäuser abzuschieben, und sich selbst auf gewinnträchtige Behandlungen zu konzentrieren.



715.000 Unterschriften gegen TTIP

23. Mai 2014

Neun Vorschläge für faire und nachhaltige EU-Handelspolitik

193 KandidatInnen aus 20 Ländern verpflichten sich, sich für eine alternative Handels-und Investitionspolitik der EU einzusetzen, wenn sie ins EU-Parlament gewählt werden. Sie wollen sich für neun Vorschläge der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat einsetzen. Dazu gehört, die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu verteidigen und die Ernährungssouveränität zu fördern, öffentliche Dienstleistungen zu schützen und die Aufnahme von Menschenrechten in die Bewertungskriterien für EU-Handelsabkommen zu fordern. Sie versprechen auch, die öffentliche Daseinsvorsorge gegen Freihandelsabkommen zu verteidigen und gegen jedes Abkommen zu stimmen, das Finanzmarktregulierungen untergraben würde.

23. Mai 2014

Verklagen Sie auch uns! Offener Brief von 53 WissenschaftlerInnen

53 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats von Attac schreiben einen Offenen Brief an Klaus Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Darin fordern sie Zimmermann auf, sie ebenfalls zu verklagen, sollte er seine Klage gegen den Attac-Experten Werner Rügemer aufrechterhalten. Rügemer hatte das IZA wegen seiner Lobby-Tätigkeit kritisiert und die für ein wissenschaftliches Institut gebotene Unabhängigkeit in Frage gestellt.

12. Juni 2014

Steueroasen: Ankündigung der EU-Kommission macht wenig Hoffnung

Der Druck aus der Zivilgesellschaft zeigt erste Erfolge: Die EU-Kommission kündigt an, die Steuertricks von Konzernen erschweren zu wollen. Doch Skepsis ist angebracht, dass dahinter ein echter politischer Wille steht. Denn geplant ist erst mal nur eine Untersuchung der Steuervereinbarungen von Apple und Starbucks in Irland und den Niederlanden sowie von Fiat Finance in Luxemburg. Dabei ist die Praxis der Steuerumgehung und -hinterziehung hinlänglich bekannt, wirkungsvolle Instrumente liegen längst auf dem Tisch.

13. Juni 2014

Bundesrechnungshof: Enorme Mehrkosten durch ÖPP bei Autobahnen

So genannte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) beim Autobahnbau rechnen sich für die öffentliche Hand nicht. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrechnungshof (BRH) in einem Gutachten, das Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) und Attac zugespielt wurde. Die Mehrkosten für die BürgerInnen gehen in die Milliarden: Für fünf von sechs Projekten stellt der BRH Mehrkosten von insgesamt mehr als 1,9 Milliarden Euro gegenüber einer rein öffentlichen Umsetzung fest. Doch die Politik ist dagegen scheinbar immun. Belehren kann sie nur Druck aus der Bevölkerung – und der wächst.

Ausblick

16. bis 20. Juli 2014

Sommerakademie von Attac Österreich

Wer es nicht zur Europäischen Sommeruniversität in Paris schafft oder Zeit und Lust hat, auch in Österreich mal eine Sommerakademie von Attac zu besuchen, ist nach Telfs in Tirol eingeladen. Die 13. Sommerakademie von Attac Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Rolle von Handelsabkommen im Kontext der Krise zu thematisieren. Strukturelle Zusammenhänge sollen offengelegt und ein ganzheitliches Verstehen ermöglicht werden.
www.attac.at/events/sommerakademie

Juli 2014

Unter der Lupe: Konzern-Steuertricks auf Kosten der ärmsten Länder

Die Auswirkungen der Konzernsteuertricks auf die ärmsten Länder beobachtet die Kampagne Konzernbesteuerung schon über einen längeren Zeitraum. Im Juli wird ein neuer Flyer erscheinen, der sich auch für Wenig-LeserInnen und für den Einsatz in Weltläden oder an Infoständen eignet: Auf einer Weltkarte wird erläutert, wie Bananenkonzerne mit Hilfe von Scheinfirmen rund um den Globus Steuern in den Bananen-Herkunftsländern vermeiden.

19. bis 23. August 2014

Europäische Sommeruniversität (ESU) in Paris

Hunderte Attac-Aktive und Interessierte aus ganz Europa erwarten die GastgeberInnen von Attac Frankeich zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) in Paris. Zentrales Thema des Treffens an der Université Paris Diderot wird die Zukunft Europas sein. Die ESU bietet Gelegenheit, Aktionen und Kampagnen international aufeinander abzustimmen und soziale Bewegungen grenzüberschreitend miteinander zu vernetzen. Alle drei Jahre verlässt die Sommerakademie den nationalen Rahmen und wird zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) des europäischen Attac-Netzwerkes. (siehe auch S. 9)
www.esu2014.org

2. bis 6. September 2014

Degrowth Conference in Leipzig

Die vierte internationale Degrowth-Konferenz hinterfragt die Fixierung auf Wirtschaftswachstum in der Wirtschaftspolitik und fördert sozial-ökologische Alternativen. Sie bietet einen Rahmen für wissenschaftliche Debatten, den Austausch von AktivistInnen und PraktikerInnen und die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema. Es werden aktuelle Forschungsergebnisse sowie konkrete Projekte und Politikvorschläge vorgestellt, ausprobiert und diskutiert. Die bundesweiten Attac-Arbeitsgruppen „Jenseits des Wachstums", „Energie, Klima, Umwelt" und „Genug für alle" beteiligen sich mit Workshops und Beiträgen.

11. Oktober 2014

Europaweiter Aktionstag gegen TTIP

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA geht alle an. Der Protest gegen TTIP wächst in vielen Ländern und reicht tief in die Mitte der Gesellschaft hinein. Eine transnationale Bewegung entsteht. Mit einem dezentralen, europaweiten Aktionstag am 11. Oktober macht sie das Nein der Menschen zu TTIP über Ländergrenzen hinweg deutlich.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/veranstaltungen

Es geht um mehr als Chlorhühner und Genmais

Lisa Klose engagiert sich bei Attac Düsseldorf für den Stopp des TTIP





Lisa Klose, 17, ist Schülerin in Düsseldorf, Chefredakteurin der Schülerzeitung und aktiv in der Schülervertretung – SV. In ihrer Freizeit ist sie Kapitänin einer Fußballmannschaft – und auch politisch aktiv: Bei der Linksjugend Solid und bei Attac Düsseldorf.

Lisa, Du hast im Rahmen des dezentralen Blockupy-Aktionstags am 17. Mai eine TTIP-Aktion in Düsseldorf organisiert. Wie ist Eure Aktion gelaufen, was habt Ihr für Erfahrungen gemacht?

Thomas von Attac Düsseldorf hatte uns angesprochen, ob wir Lust auf eine TTIP-Aktion haben, und da ich mich schon länger mit dem Thema auseinandersetze, war ich zusammen mit zwei guten Freunden gern dabei. Auf der Attac-Webseite gab es ja schon ein Konzeptpapier zu einer Aktion mit einer „Brandmauer" aus Kartons, das wir als Grundlage genommen haben. Im Vorfeld haben wir dann Materialien besorgt, Kartons bemalt, Slogans gegen das TTIP gesammelt, Texte geschrieben und eine Rede vorbereitet, die wir drei dann später gehalten haben. Am Anfang waren wir etwas nervös, weil unsere Mauer wirklich ziemlich hoch geworden ist und es doch recht windig war; wir wussten nicht, ob sie halten würde. Doch als unser Aktionsbild stand, lief der Rest wie von allein. Geholfen hat dabei natürlich, sich gut vorzubereiten. Es hat uns Sicherheit gegeben, auf Nachfragen gut antworten zu können; das hat auch die Anfangsnervosität vertrieben.
Wir haben an dem Tag über hundert Unterschriften gegen das TTIP gesammelt und sind mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen. Darunter waren aber auch viele, die zwar über das TTIP sprechen, aber lieber nicht unterschreiben wollten. Deutlich wurde dabei, dass diejenigen, die das Gespräch gesucht haben, schon im Grundsatz recht gut informiert waren – und andere eher unzugänglich waren.

Was macht das geplante Freihandelsabkommen TTIP für Dich zu einem besonders wichtigen Thema?

Meiner Meinung nach eignet sich das TTIP in besonderer Weise, Menschen, die darüber grundsätzlich empört sind, auch in eine Diskussion über Grundsatzfragen mitzunehmen. Sowohl die Art, wie die Verhandlungen geführt werden, als auch die dahinter liegenden Intentionen großangelegter Deregulierung und Liberalisierung halte ich für symptomatisch für die Endphase des Kapitalismus. Am Beispiel TTIP können wir die systemischen Probleme deutlich machen, die hinter den oberflächlichen Aufregern wie Chlorhühnchen oder Genmais stehen, deutlich machen, dass es um viel mehr geht. Mit der Investitionsschutzklausel würden beispielsweise grundlegende demokratische Prinzipien außer Kraft gesetzt.
Ich glaube, hinter der Debatte um die bekanntesten Beispiele aus dem TTIP wie dem Chlorhühnchen steckt auch politisches Kalkül: Über diese Detailfragen wird sich öffentlich auseinandergesetzt, letzten Endes wird das Abkommen dann vielleicht ohne Chlorhühnchen beschlossen, und die KritikerInnen sind damit befriedet. Gleichzeitig werden im Rahmen des TTIP aber hinterrücks und öffentlich deutlich weniger wahrgenomme Mechanismen etabliert, die ein viel größeres Problem sind als Chlorhühnchen – für die Demokratie zum Beispiel.

Und was zieht Dich zu Attac?

Bei Attac geht es viel häufiger um inhaltliche Fragen, um den systemischen Kern des Problems. Vielleicht ist bei anderen mehr los, oder es sind mehr junge Leute dabei, es wird sich vielleicht auch leidenschaftlicher aufgeregt, aber bei Attac geht es eben nicht um die Aufregung an sich, sondern um grundsätzliche Fragen, denen man sich auf inhaltlicher Ebene nähert. Attac ist vielleicht im Vergleich eher ruhig und bodenständig; die Leute wissen, warum sie dort sind. Gerade die tiefer gehende Beschäftigung mit grundsätzlichen Fragen macht Attac für mich besonders interessant, denn Kapitalismuskritik muss man vom Kern her angehen.
Für junge Leute, die sich grundsätzlich für Politik interessieren – und das sind nicht sehr viele – könnte man Attac vielleicht interessanter machen, wenn man ihrem Wunsch nach Erlebnispolitik und Unterhaltung etwas mehr entgegenkommt und überschaubare, konkrete Workshops zu greifbaren Themen anbietet. Die Kernthemen von Attac sind eben doch etwas klobig.

Du sagst, dass sich sehr wenige Jugendliche für Politik interessieren. Was glaubst Du, woran das liegt?

Ich denke, dass das, was an politischer Bildung in der Schule passiert, jämmerlich verkümmert ist. Auch Politikunterricht ist in der Regel langweilig – er ist sehr weit weg von aktuellen Entwicklungen oder der Lebenswelt der Jugendlichen. Was dort gelehrt wird, geschieht nahezu ausschließlich in Hinblick auf bevorstehende Leistungskontrollen wie Prüfungen und Klausuren; es geht um die Bearbeitung genormter Arbeitsblätter und um reines Faktenwissen. Dabei springt einfach kein Funke über, es entsteht keine Empörung, keine Diskussion, kein „sagt eure Meinung".

Wie sind Deine weiteren Pläne, wie wird es mit Deinem politischen Engagement weitergehen?

Ganz konkret werden wir die TTIP-Aktion sicher noch einmal wiederholen. Jetzt sind wir ja in Übung; außerdem wäre es auch schön, diese Aktion als reine Attac-Aktion zu machen, ohne übergeordneten Rahmen, wie er dieses Mal durch den Blockupy-Aktionstag gegeben war. Die Aktion hat natürlich thematisch gut in den Rahmen gepasst, und der Aktionstag war eine gute Sache, aber eine zweite Möglichkeit, bei der wir zeigen können, dass eine bestimmte globalisierungskritische Herangehensweise an das Thema eben typisch Attac ist, wäre zusätzlich wichtig.
Und auf jeden Fall möchte ich gern weiter regelmäßig bei Attac mitmischen, wenn es die Zeit hergibt – in der vorbereitenden Zeit auf das Abitur ist das leider nicht so einfach. Und dann werde ich sehen, wohin es mich zum Studium verschlägt; Attac-Gruppen gibt es ja an vielen Orten. Auf jeden Fall ist Attac am ehesten die Organisation, von der ich mir vorstellen kann, mich dort langfristig wohlzufühlen.

Lisa, vielen Dank für das schöne Schlusswort und das Gespräch!

Interview: **Jule Axmann**

Spannende Debatten am Ufer der Seine

Programm der Europäischen Sommeruniversität im August in Paris



Foto: Fiona Krakenbürger

Es wird wirklich spannend in diesen Augusttagen in Paris. Natürlich geht es nach sechs Krisenjahren vor allem um die Zukunft Europas. Aber schon jetzt ist sicher, dass dabei kein heißes Eisen ausgespart wird. Euro – ja oder nein? EU – raus oder drin bleiben, aber wie? Wie ernst ist die Gefahr von Rechts? Und wie war das mit der Ukraine? Und wie gehen wir mit unserem Klima um? Kein Zweifel, das wird die Gemüter erhitzen und keine Langeweile aufkommen lassen.
Aber es gibt noch mehr: In fast hundert selbstorganisierten Seminaren und Workshops steht das ganze breite Themenspektrum der sozialen Bewegungen und ihrer globalisierungskritischen Netzwerke zum lernen und mitmachen auf dem Programm. Auf der Website www.esu2014.org ist dieser bunte Bereich zu erforschen.
Für uns alle aber koordiniert das Europäische Attac-Netzwerk neun große Gesprächsforen, die vom 20. bis 22. August jeden Tag von 14 Uhr bis 16 Uhr stattfinden werden. ReferentInnen aus verschiedenen Organisationen und allen Teilen der Welt sind dazu eingeladen, ausführliche Diskussionen mit dem Publikum zu führen. Workshops am Vormittag führen jeweils in die Themen ein, nachmittags bieten sie Raum für Aktionsplanung und andere Verabredungen. Hier ein Überblick der Hauptthemen.

Welche Zukunft wollen wir wirklich für die EU?

Die EU und insbesondere die Eurozone befinden sich in einer vielschichtigen Krise, und niemand weiß, wie es ausgehen wird. Welche sind die verschiedenen Dimensionen der Krise, die wir durchleben, und welche Struktur stellen wir uns für die EU vor? Ist die Forderung nach einer sozialen und demokratischen EU ausreichend? Stellt eine stärkere politische Integration, die uns zu einer politischen Union mit den Vereinigten Staaten von Europa als einem Super-Nationalstaat führt, die Antwort auf die Probleme und Herausforderungen dar?

Wie werden wir TTIP und andere bilaterale Handelsabkommen los?

Kaum ein anderes Thema hat in jüngster Zeit die Gemüter so erregt wie das geplante Handelsabkommen der EU mit den USA, das von Arbeiterrechten bis zu Lebensmittelsicherheit die Standards herabsetzen will. Das Plenum soll einen Schwerpunkt auf das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen legen, darüber hinausgehen und einen Überblick über die Kampagnen und Debatten geben.
Immer größere Bereiche der Weltwirtschaft werden vom Finanzsektor kontrolliert. Von Investmentbanken, die auf weltweite Lebensmittelpreise wetten, bis hin zu öffentlichen Dienstleistungen, die von den Bedürfnissen der Kapitalmärkte abhängig sind und sich auf diese einstellen. Stets haben große Finanzinstitutionen das Sagen. Finanztransaktionssteuer, Steueroasen, Banken: Attac hat sich frühzeitig der Dominanz des Finanzsektors entgegengestellt. Welche globalen Herausforderungen und welche strategischen Schritte für die Bewegung liegen vor uns?

Die EU als imperiale Macht: Aufstieg oder Abstieg?

Neben der wirtschaftlichen und der politischen Integration träumt eine Reihe von politischen Kräften auch davon, die EU als dritte Supermacht neben den USA und China zu etablieren, einschließlich der militärischen Komponente. Wie realistisch ist dieser Traum von einer imperialen EU? Wie sehen die Trends hinsichtlich einer gemeinsamen Außen- und Militärpolitik aus? Das Ziel ist, die Rolle und die Absichten der bestimmenden Kräfte in Europa gegenüber dem Rest der Welt zu definieren und mit kompetenten ReferentInnen von außerhalb der EU zu einer umfassenderen Sichtweise zu kommen und die Politik der EU zu hinterfragen.

Wie weiter mit Klima und Umwelt?

„Green Economy“ und der „Green New Deal“ waren und sind weiterhin die Antworten von namhaften Persönlichkeiten zum Umgang mit der Krise von Klima und Ökologie. Hinter der „Green Economy“ versteckt sich eine neue Phase der Einschränkung der Gemeingüter. Welche weiteren Kämpfe, neben einer Erneuerung unserer Wirtschaft von unten, müssen wir führen, während die aktuelle politische Dynamik der öffentlichen Schulden von den Regierungen und EU-Institutionen genutzt wird, um scharfe Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen? Welche Bedingungen sind erforderlich, um den Systemwechsel voranzubringen?
Ein Besuch der Website www.esu2014.org lohnt sich, um die vielen anderen Veranstaltungen, die Konzerte, die Exkursionen ins Umland und die kulinarischen Angebote kennenzulernen. Und natürlich finden sich dort Reisemöglichkeiten und Unterkünfte. Es lohnt sich!

Hugo Braun, Attac-Koordinierungskreis

www.esu2014.org

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Kul.tour stoppt TTIP

Kunst und Protest in 13 Städten





Arnulf Rating / Leipzig



Vo:caleras / Karlsruhe



Publikum / München



TTIP-Dosenwerfen / Bamberg



Rainer von Vielen / Leipzig



Cynthia Nickschas und Konstantin Wecker / München

Seit einem Jahr laufen die Verhandlungen um ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Union. Aber der Widerstand regt sich, seit es der Zivilgesellschaft gelungen ist, die Gespräche ans Tageslicht zu zerren und die negativen Konsequenzen einer noch weiter gehenden Deregulierung und Liberalisierung unserer Volkswirtschaften sichtbar zu machen.

Auch für den Kultursektor steht einiges auf dem Spiel:

Mit einem möglichen Wegfall der Buchpreisbindung stünden kleinere Buchhandlungen mittelfristig vor dem Ruin. Aufgrund der so genannten Meistbegünstigungsklausel müssten Theater und Museen auf überlebenswichtige Fördermittel verzichten. Ohne die beträchtlichen Filmfördergelder könnte kaum eine Idee der europäischen Filmbranche das Licht der Leinwand erblicken. Der gesamten Kulturbranche droht eine komplette Unterwerfung unter marktwirtschaftliche Kriterien.

Aus diesen Gründen haben sich viele Kulturschaffende den Protesten gegen das TTIP angeschlossen und sind mit Attac im Vorfeld der Europawahlen auf Kultour gegangen:

Zwei Wochen lang gab es jeden Tag eine Veranstaltung in einer anderen Stadt. Die Tour startete am 2. Mai in Fulda und führte über den Südwesten nach München. Stuttgart und Leipzig waren weitere Stationen, bis die Kul.tour am 14.05. in Berlin zu ihrem Ende kam. Darüber hinaus haben außerplanmäßige Kul.tour-Konzertveranstaltungen in Hannover, Bremen und Köln stattgefunden.

Mit Rockkonzerten, Kabarett, Theater, Aktionen und Lesungen kam ein buntes Potpourri zusammen. Über 200 Künstler haben sich im Rahmen der Kul.tour gegen TTIP ausgesprochen, darunter Konstantin Wecker in München, Christoph Sieber in Frankfurt, Arnulf Rating in Leipzig und Jess Jochimsen in Karlsruhe. Mit von der Partie war außerdem der US-amerikanische Liedermacher David Rovics, Zärtlichkeiten mit Freunden, Rainer von Vielen, Urban Priol, Marc-Uwe Kling und viele mehr.

Aus dem Attac-Shop

Michael Wilk, Bernd Sahler (Hg.):
Strategische Einbindung
Von Mediatinen, Schlichtungen, runden Tischen … und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Beiträge wider die Beteiligung.



Ob Flughafenerweiterungen, Kohleabbau, Bahnprojekte wie Stuttgart21, Autobahnausbau oder Stromleitungstrassen – Proteste gegen Großprojekte nehmen zu. Offene Repression, Polizei und Justiz wirken als Durchsetzungsmethode oftmals kontraproduktiv, verstärken Unruhe und Empörung gegenüber autoritärem Regierungshandeln. Mediations-, Dialog- und Schlichtungsverfahren bieten sich als Alternative an. Die „sanften" Methoden einer Strategischen Einbindung werden immer häufiger zur Befriedung, Kanalisierung von Protest und Marginalisierung von Widerstand eingesetzt.
In diesem Sammelband kommen engagierte AutorInnen aus Sozialen Bewegungen zu Wort, die von ihren negativen Erfahrungen mit Mediationen und runden Tischen berichten. Sie zeigen die Fallen auf, die in Beteiligungen an von oben eingefädelten Gesprächsrunden lauern, und analysieren anschaulich die manipulativen Wirkungsweisen und politischen Folgen von Einbindung.

Strategische Einbindung ist auf dem Vormarsch und gewinnt zunehmend als Herrschaftsinstrument an Bedeutung. Verweigerung gegenüber den Einbindungsversuchen ist mehr als eine Option – sie ist Voraussetzung zur Wahrung einer kritischen Distanz und legitimes, ja notwendiges Mittel in der Auseinandersetzung mit herrschender Politik.
Broschiert, 15 S., 14 EUR

TTIP-Angebotspaket

Aus unseren Artikeln rund um das Thema TTIP haben wir ein kleines Angebotspaket zusammengestellt – ideal für alle, die sich etwas besser mit dem Thema auskennen wollen und gegen das TTIP aktiv werden. Das Paket enthält:
- TTIP Nein Danke! – Transatlantische Partnerschaft geht anders. Positionspapier der NGOs zum geplanten TTIP
- Flyer: Vorsicht Falle! Freihandelsabkommen EU-USA der Attac-TTIP-Kampagne
- Harald Klimenta, Andreas Fisahn u.a.: Die Freihandelsfalle (Basistext 45)
- TTIP: Die Kapitulation vor den Konzernen. Broschüre von PowerShift
- Der Beutezug. Publik-Forum Dossier
- Aufkleber: TTIP ist böse
- Button mit Attac-Logo
- Schlüsselband, orange mit Attac-Aufdruck

TTIP-Angebotspaket, 11 Euro

Bestellungen online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für lebendige Vernetzung und international wirksame Kampagnen!

Immer mehr wichtige politische Weichen werden mittlerweile auf EU-Ebene gestellt, beispielsweise das geplante Freihandelsabkommen. Gerade die Proteste gegen das TTIP zeigen aktuell: Wenn wir wirksamen politischen Druck auf die Entscheidungsebenen der EU erzeugen wollen, brauchen wir dafür gemeinsame Strategien mit unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern aus anderen Ländern. Und nachhaltige Vernetzung braucht einen Ort, an dem sie sich entwickeln und stärken kann.

Vom 19. bis 24. August kommen deshalb in Paris mehr als tausend AktivistInnen und FreundInnen von Attac und aus den sozialen Bewegungen Europas sowie anderen Teilen der Welt zur Europäischen Sommeruniversität von Attac zusammen. Entlang der Themenblöcke „Die EU – Sieht so Demokratie aus?", „Soziale und ökologische Dimensionen der Krise" und „Europa in der Welt: Strategien der globalen Machtverschiebung" bieten 120 Seminare und Workshops und neun große Versammlungen einen Rahmen, um an grenzübergreifenden Kampagnen zu arbeiten.

Eine Veranstaltung wie die ESU kostet viel Geld, das von den europäischen Attacs zusammen aufgebracht wird – Attac Deutschland trägt einen erheblichen Teil dazu bei. Dass die ESU international ausgerichtet ist, verursacht zusätzliche Kosten: Die Technik für Simultanübersetzungen ist ein großer finanzieller Posten, ebenso sind es die Reisekosten für ReferentInnen und AktivistInnen anderer Länder, die für eine Vernetzung wichtige Impulse geben, sich aber die Anreise selbst nicht leisten können.

Die Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer decken nur einen Teil der Ausgaben, denn zum einen soll die Teilnahme für möglichst alle, die möchten, erschwinglich sein. Zum anderen wird ein Teil der Teilnahmebeiträge noch stärker subventioniert – für



Studierende, Erwerbslose und Menschen ohne reguläres Einkommen. **Unterstütze uns deshalb mit einer Spende, damit immer mehr Menschen auf europäischer Ebene für eine Politik aktiv werden, die den BürgerInnen dient, nicht den Konzernen!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!

Hinweis

Aktuell können wir für eingehende Spenden keine Steuerabzugsfähigkeit garantieren. Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; diese Gemeinnützigkeit ist aktuell aber durch das Finanzamt in Frage gestellt. Wir befinden uns deshalb in einem Klärungsprozess, sind aber zuversichtlich, dass die Gemeinnützigkeit unseres Engagements auch vom Finanzamt wieder bestätigt wird. Bis dahin können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts | BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF1403

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)